

5. Pensionsautomatik macht die Pension sicherer

Eine Pensionsautomatik bedeutet eine Umverteilung in die falsche Richtung: das Einkommen hat nämlich einen direkten Einfluss auf die Lebenserwartung. Schlecht bezahlte Jobs machen eher krank und senken so die Lebenserwartung. Eine Pensionsautomatik würde daher Menschen mit schlecht entlohnenden Jobs wesentlich härter treffen und ist daher aus sozialpolitischer Sicht ein Irrweg.

Warnendes Beispiel ist Schweden: Dort werden bei steigender Lebenserwartung die Pensionen gekürzt. Schweden musste in den letzten Jahren bereits mehrmals am Pensionssystem nachjustieren. Die durch den Automatismus entstandenen Kürzungen waren politisch nicht vertretbar und mussten durch Steuergutschriften wieder ausgeglichen werden, um die Pensionshöhe stabil zu halten.

Im Jahr 2021 lag die Nettoersatzrate von Pensionen in Schweden lediglich bei 56,2 Prozent, in Österreich hingegen bei 87,1 Prozent. Der Automatismus hat sich somit keineswegs bewährt!

6. Die Deutschen machen es besser

Das Gegenteil ist der Fall: Deutschland blickt neiderfüllt auf Österreich!

Warum? Deutschland ging vermehrt von der staatlichen Pensionsversicherung ab in Richtung Kapitaldeckung: betriebliche Altersvorsorge und staatlich geförderte Riester-Rente wurden forciert. Das war ein Eigentor: die Bruttoersatzrate in Deutschland liegt nach 45 Berufsjahren bei gerade mal 39 Prozent. In Österreich liegt dieser Wert bei fast 78 Prozent.

Die Bruttoersatzrate in der österreichischen Pensionsversicherung ist somit fast doppelt so hoch wie in der deutschen Rentenversicherung!

Was wir fordern – Was wir brauchen

Das staatliche Pensionssystem muss gestärkt und nicht beschnitten werden. Das geht nur mit einer hohen Beschäftigungsquote und existenzsichernden Löhnen. Firmen- und Privatpensionen können maximal eine Ergänzung, aber keinesfalls eine Alternative zum staatlichen Umlagesystem sein.

Sicherung der Beitragseinnahmen durch:

- **Gute Ausbildungen und gute Arbeitsplätze:** die beste Absicherung für die Pensionen sind gute Bildungschancen und eine gute Erwerbseinbindung aller Altersgruppen.
- **Arbeit, von der man leben kann:** je besser es gelingt, dass mehr Menschen erwerbstätig sind, Arbeitslosigkeit konsequent bekämpft wird und die Arbeitnehmer:innen ein gutes Einkommen beziehen, desto leichter fällt auch die Finanzierung der Pensionen und des Sozialsystems insgesamt.
- **Arbeitsplätze, die nicht krankmachen:** Menschen müssen die Möglichkeit haben, bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalters im Beruf zu bleiben. Es braucht Arbeitsplätze, die einem auch mit 50+ noch angeboten werden und die ermöglichen, nicht aus der Arbeitslosigkeit oder aus dem Krankenstand in Pension zu gehen.
- **Vollzeitarbeit fördern:** Es braucht flächendeckende, hochqualitative Kinderbetreuung sowie ein qualitätsvolles und leistbares mobiles Pflegeangebot, damit Eltern und pflegende Angehörige Beruf und Familie leichter unter einen Hut bekommen.

Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10, 5020 Salzburg, T: +43 (0)662 8687, ak-salzburg.at
 Titelfoto: © Halfpoint - stock.adobe.com
 Autorin: Mag.^a Ricarda Baldinger-Radlegger
 Redaktion: Stephan Gabler
 Grafik: Bernhard Rieger
 Druck: Eigenvervielfältigung

Stand: Jänner 2026



www.ak-salzburg.at

MEINE KRISEN-FESTE PENSION

FAKTEN STATT MYTHEN



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

■ Dieses Service ist dank Ihres AK-Beitrags möglich

Meine krisenfeste Pension

Ein Dauerbrenner – medial und öffentlich: Das staatliche Pensionssystem sei angeblich bald nicht mehr finanzierbar. Der Bundeszuschuss müsse ein „Pensionsloch“ füllen.

Ein Anstieg der Kosten für die Pensionsfinanzierung ist angesichts der krisenbedingt hohen Inflation, der hohen Pensionsanpassungen sowie der Pensionierungswelle der Babyboomer-Generation jedoch nicht überraschend.

Warum Ihre Pension trotz Krisen gesichert ist und es keiner weiteren Reformen bedarf, erfahren Sie in diesem Folder. Es werden die häufigsten Mythen rund um das staatliche Pensionssystem aufgezeigt und einem Faktencheck unterzogen, damit Sie mit Sachlichkeit punkten!

1. Die Kosten explodieren

Wer unser Pensionssystem schlecht reden möchte, argumentiert gerne mit absoluten Zahlen. Um sinnvolle Schlüsse ziehen zu können, sind die Zuschüsse des Bundes aber immer in Relation zur Wirtschaftskraft, also zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), zu betrachten. Seit den 1970er Jahren liegt der Anteil der Staatsausgaben für die Pensionen am BIP um die 3 Prozent. **Laut Gutachten der Alterssicherungskommission bleibt dieser Anteil stabil!** Und das, obwohl es künftig einen wesentlich höheren Anteil an Menschen über 65 Jahren geben wird und es krisenbedingt zu einem Anstieg der Kosten gekommen ist.

Die Gründe dafür: die zahlreichen Pensionsreformen der letzten Jahre greifen und der Aufwand für Beamt:innen geht zurück. Zudem kommt es durch die Anhebung des

Frauenpensionsantrittsalters ab 2024 zu einer geringeren Steigerung des Pensionsstandes. Die Pensionierungswelle der Babyboomer wird somit merklich gedämpft.

2. Bundeszuschuss sorgt für Milliardendefizit

Unser gesetzliches Pensionssystem basiert auf einer sogenannten Drittel-Finanzierung: ein Drittel zahlen die Beschäftigten, ein Drittel die Unternehmen und ein Drittel übernimmt der Staat (Bundesmittel). 2021 hat der Staat dafür etwa 12 Milliarden Euro ausgegeben. Das sind ca. 27 Prozent des gesamten Pensionsaufwandes.

Aber das rentiert sich: der Bundeszuschuss garantiert, dass im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder in Zeiten der Kindererziehung weiter auf unser Pensionskonto eingezahlt wird. Auch die Ausgleichszulage und die Krankenversicherung der Pensionist:innen werden dadurch finanziert. **Dieser Aufwand kann gar nicht aus Beitragszahlungen gedeckt werden.** Der Bundeszuschuss ist ein fixer Bestandteil der Pensionsfinanzierung und ein wesentliches Element der sozialen Gestaltung. Ohne Bundeszuschuss würde es zu massiven Pensionskürzungen für alle kommen und der soziale Ausgleich des Pensionssystems ginge verloren.

Schon gewusst? Die ASVG-Pensionen werden zu 80 Prozent von den Beschäftigten selbst mit ihren Beiträgen finanziert. Die Selbständigen finanzieren sich lediglich 50 und die Landwirt:innen nur 20 Prozent ihrer Pensionen selbst.

3. Wir brauchen weitere Reformen, um die Pensionen zu sichern

Nein! Das staatliche Pensionssystem wurde ausreichend und nachhaltig reformiert. In den vergangenen Jahren gab es bereits tiefgreifende Reformen, um unser Pensionssystem leistungsfähig zu halten.

Seit der Pensionsreform 2005 werden zum Beispiel bei Jahrgängen ab 1955 nicht mehr die besten Verdienstjahre zur Pensionsberechnung herangezogen. Das 2005 eingeführte Pensionskonto berücksichtigt die Lebensarbeitszeit mit allen guten und schlechten Phasen. Nicht zu vergessen: auch das Pensionsantrittsalter wurde sukzessive angehoben. Ab 2024 wird zudem das Frauenpensionsantrittsalter schrittweise an jenes der Männer angeglichen: bis 2033 steigt es von 60 auf 65 Jahre.

4. Nur private Pensionen sind sicher

Seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 mussten Betriebspensionen mehrfach gekürzt werden. Das veranlagte Geld für Privat- und Firmenpensionen bringt weniger Zinsen, als für die ursprünglich versprochenen Pensionen notwendig gewesen wäre. Im Gegensatz dazu ist es im staatlichen Pensionssystem noch nie zu Pensionskürzungen gekommen. Die heutige Generation finanziert mit ihren Beiträgen nicht ihre eigene, sondern die Pension der Eltern und Großeltern. Das ist der Generationenvertrag. Die Pensionsbeiträge werden nicht angespart und können somit auch nicht verspekuliert werden.

Auch bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit wird in die Pensionsversicherung einbezahlt. Zudem gibt es die Ausgleichszulage als „Mindestpension“. Bei der gesetzlichen Pension besteht daher nicht die Gefahr, sich die Beiträge nicht mehr leisten zu können. Bei einer privaten Pensionsversicherung hingegen schon.

Es gibt daher keine Alternative – **nur die gesetzliche Pension bietet Sicherheit und den sozialen Ausgleich!**